



BfFB[®]

Bundesverband
der
Freien Berufe e.V.

BFB-POSITIONEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

FÜR FREIHEIT IN VERANTWORTUNG DAS FUNDAMENT DER FREIEN BERUFE SICHERN

Selbstverwaltung stärken · Leistung für
Wirtschaft und Gesellschaft anerkennen ·
Qualität sichern · Vertrauenskultur fördern ·
KI für den Menschen · Bürokratie
abbauen · Subsidiarität wahren

Fünf Milliarden persönliche Kontakte.

Durch ihre täglichen Interaktionen mit Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden begleiten die Freien Berufe diese in vielfältigen Lebenssituationen. Das gilt ebenso für Unternehmen, die insbesondere von den beratenden Freien Berufen unterstützt werden. In ihrer Funktion als SEISMOGRAFEN sind die Freien Berufe in der Lage, Trends und Probleme frühzeitig zu erkennen. Neben dieser Rolle als Frühwarnsystem agieren sie auch als MULTIPLIKATOREN, die bedeutende Informationen und Impulse in die Gesellschaft tragen. Diese Multiplikatorenfunktion verleiht den Freiberuflerinnen und Freiberuflern eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Allein die rund 1,48 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler haben jährlich über fünf Milliarden persönliche Kontakte zu ihren Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden in Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken.

IMPRESSUM

Bundesverband der Freien Berufe e. V.

Reinhardtstraße 34 · 10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 284444 0

E-Mail: info@freie-berufe.de

INHALT

	PRÄAMBEL	4
01	FÜR EIN BEKENNTNIS ZU DEN FREIEN BERUFEN	8
02	FÜR EINEN HOHEN VERBRAUCHERSCHUTZ DIE QUALITÄT DER SELBSTVERWALTUNG ERHALTEN UND DEN FREIBERUFLICHEN RECHTSRAHMEN STÄRKEN	10
03	FÜR EINE STÄRKUNG DER FREIEN BERUFE IM EU-DIENSTLEISTUNGSBINNENMARKT	12
04	FÜR EINE ERFOLGREICHE TRANSFORMATION UND MEHR NACHHALTIGKEIT AUCH DIE BEITRÄGE DER FREIEN BERUFE HERAUSSTELLEN	14
05	FÜR EINE ERMÖGLICHUNG VON BETEILIGUNG ALLERORTEN	16
06	FÜR MEHR VERTRAUEN IN DEN STAAT	18
07	FÜR EINE TRANSPARENTE KI ALS ASPEKT DER DIGITALISIERUNG	20
08	FÜR EIN VERSTÄNDNIS VON DATENSCHUTZ ALS SCHLÜSSELFAKTOR	22
09	FÜR EINE AUSTARIERTE SOZIALE SICHERUNG	24
10	FÜR EINE ZUKUNFTSFESTE BERUFLICHE BILDUNG	26
11	FÜR DIE MOBILISIERUNG VON FACHKRÄFTEN ALS VORAUSSETZUNG EINER INNOVATIVEN WIRTSCHAFT	28
12	FÜR EINEN ATMENDEN ARBEITSRAHMEN	30
13	FÜR MEHR GRÜNDERGEIST AN EINEM LEBENDIGEN STANDORT	32
14	FÜR EINE EFFIZIENTE RECHTSSETZUNG	34
15	FÜR MEHR FREIRÄUME DURCH WENIGER BÜROKRATIE	36
16	FÜR EINE AUSBALANCIERTE STEUERPOLITIK	38
	ÜBER DEN BFB	40
	FREIE BERUFE IN ZAHLEN	40

PRÄAMBEL

Die Freien Berufe sind ein Wachstumssektor, sie werden immer größer und wichtiger und tragen insbesondere zur Lösung der vielfältigen Zukunftsaufgaben entscheidend bei. Gemeinsam mit ihren über 4,7 Millionen Beschäftigten erwirtschaften die rund 1,48 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler knapp zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Insgesamt arbeiten derzeit mehr als 6,2 Millionen Menschen bei den Freien Berufen oder sind selbst selbstständige Freiberuflerin oder selbstständige Freiberufler.

Als Herzstück des Mittelstands wachsen sie im Zentrum der Dienstleistungsgesellschaft. Sie machen mittlerweile 39 Prozent aller Selbstständigen aus. Inzwischen arbeitet rund jede, jeder achte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Freiberufler-Team. Und mehr noch: Als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihrer Teams tragen die Selbstständigen in den Freien Berufen ganz erheblich gerade auch zur Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherung bei.

Als Vertrauensdienstleister, Arbeitgeber und Ausbilder sind die Freien Berufe, Selbstständige wie Angestellte, der Pluspunkt sowohl für unsere Wirtschaft als auch für unsere Gesellschaft. Das Zusammenspiel dieser beiden Facetten hebt sie ab von anderen Sektoren. Dass die Freiberuflerinnen und Freiberufler heute diese herausragende Position einnehmen, ist ihrer strikten Qualitätsorientierung zu verdanken. Dauerhaft gewährleistet wird dieser Fokus auf Qualität nur durch ein in sich austariertes Gesamtsystem für freiberufliches Wirken, in dem Selbstverwaltung und Berufsregeln zentrale Kernelemente sind.

Freie Berufe denken immer den Menschen mit, denn sie stellen ihre Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden in den Fokus und bringen so einzigartige Impulse in den politischen Dialog ein. Überdies sind sie ein wichtiger gesellschaftspolitischer Stabilitätsanker. Unsere freiheitliche Gesellschaft braucht unabhängige Freie Berufe im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, um eine Beteiligung aller auf Augenhöhe mit dem Staat zu ermöglichen und so unsere Demokratie zu festigen.

Die Herausforderungen für unsere Gesellschaft sind groß. Und obwohl die Freien Berufe zur Lösung gerade der Zukunftsaufgaben mehr denn je gebraucht werden, wurden sie in der zurückliegenden Legislatur zunehmend auf Verschleiß gefahren. Statt Misstrauen zu kultivieren und auf mehr Staat zu setzen, sollte die Politik den Freien Berufen vertrauen, deren wertvolle Potenziale nutzen und stärken, statt sie infrage zu stellen und zu beschneiden. Das System „Freier Beruf“ hat sich mehr als bewährt, das haben die Freien Berufe auch in den jüngsten Krisen ein ums andere Mal bewiesen.

Gerade im Interesse ihrer Patientinnen, Mandantinnen, Klienten oder Kundinnen muss die Richtschnur auch für kommende politische Weichenstellungen sein, dass die Freien Berufe ihre beruflichen Entscheidungen frei von staatlicher Beeinflussung und unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen Dritter treffen können.

GEMEINWOHL

Sie schaffen Werte für alle, sie helfen jeder, jedem Einzelnen und wirken so im Interesse der Gesundheit, des Rechtsstaats, der Steuerehrlichkeit, der Sicherheit, der Sprache, der Baukultur und der Kunst. Das Gemeinwohl kann weder vom Staat allein noch durch freie Märkte garantiert werden.

.....

DEMOKRATIE

Sie bieten jeder Bürgerin, jedem Bürger ihr Wissen und unterstützen diese so. Nur deshalb ist Beteiligung aller auf Augenhöhe mit dem Staat möglich. Unsere freiheitliche Gesellschaft braucht unabhängige Freie Berufe im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, auch um unsere Demokratie zu festigen. Angriffen auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung stellen sich die Freien Berufe entschieden entgegen und treten für einen pluralistischen Dialog ein. Sie sind eng verbunden mit den Menschen, den Unternehmern, und sind nicht nur Seismografen, sondern auch Multiplikatoren.

.....

SYSTEMRELEVANT

Sie sind gerade in krisenhaften Zeiten ein Garant für unsere Demokratie und unverzichtbar für unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft. Durch ihre Arbeit bieten sie Daseinsvorsorge und sorgen für Stabilität gerade in immer stärker polarisierten Zeiten.

.....

LOCAL PLAYER

Sie sind in jedem Winkel der Republik persönlich für ihre Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden da. Nähe und persönlicher Austausch sind unabdingbar für freiberufliche Vertrauensdienstleistungen und verlangen Empathie. Das können eine automatisierte Dienstleistung und Algorithmen nicht leisten.

.....

VERBRAUCHERSCHUTZ

Bei ihnen steht der Mensch – der Patient, die Mandantin, der Klient, die Kundin – im Mittelpunkt. So machen sie bei der Qualität keine Zugeständnisse und gehen keine durch reine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen getriebenen Kompromisse ein.

.....

QUALITÄT

Auf ihr Expertenwissen kommt es an: Berufliche Qualifikation ermöglicht Zugang in die Freiberuflichkeit. Dieses Know-how bleibt durch teilweise verpflichtende regelmäßige Fortbildungen immer auf dem aktuellsten Stand.

.....

SELBSTVERWALTUNG

Ihre starken Freiberufler-Organisationen – die Kammern, Körperschaften und Verbände – sorgen für Transparenz und sichern die Qualität der freiberuflichen Arbeit. Überdies sind sie für den Prozess der Meinungs- und Willensbildung unverzichtbar; insbesondere unter dem Aspekt der Politikfolgenabschätzung sind sie für die Politik erste Ansprechpartner, um die Belange ihrer Berufsgruppen einzubringen. Die Stärke des Systems der Selbstverwaltung liegt in der hohen fachlichen Kompetenz, der Praxisnähe und dem funktionierenden Interessenausgleich im Sinne einer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung.

.....

SUBSIDIARITÄT

Sie entlasten die unmittelbare Staatsverwaltung. Ob Berufsaufsicht, Weiterbildung oder als Träger des dualen Ausbildungssystems, mit ihren Kammern und Organisationen übernehmen sie Aufgaben, die sie als Expertinnen und Experten besser lösen und verbürgen können.

.....

UNABHÄNGIGKEIT

Sie optimieren Gemeingüter, weil keine Interessen kollidieren, und Berufsträgerinnen und Berufsträger unabhängig von den Renditeerwartungen externer Investoren allein im Interesse ihrer Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden handeln.

.....

VERSCHWIEGENHEIT

Sie halten die persönlichsten Angelegenheiten ihrer Mandanten, Patientinnen, Klienten und Kundinnen geheim. Vertrauen ist unentbehrliche Geschäftsgrundlage. Verschwiegenheit, in besonders sensiblen Bereichen abgesichert durch das Berufsgeheimnis, ist die Basis für dieses vertrauensvolle Verhältnis. Der Schutz des Vertrauensverhältnisses hat oberste Priorität.

.....

REGULIERUNG

Ihre hochkomplexen Dienstleistungen sind rechtlich geregelt und werden getragen von einem anspruchsvollen Rechtsrahmen für die Berufsträgerinnen und Berufsträger. Das schafft Vertrauen bei den Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden, die freiberuflichen Rat immer dann suchen, wenn sie sich selbst nicht helfen können.

.....

INTEGRATION

Sie unterstützen Zuwanderer und Geflüchtete direkt nach ihrer Ankunft bei existenziellen Fragen, beim Einsteigen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie beim Ankommen in unserer Gesellschaft.

.....

ENGAGEMENT

Sie aktivieren ihre flächendeckenden und bewährten Netzwerke, auch um von Krisen und Kriegen Betroffene zu unterstützen.

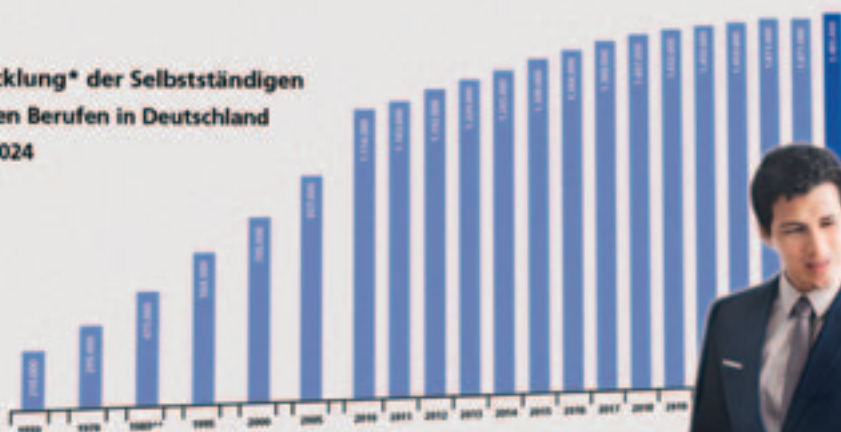
.....

All das macht die Freien Berufe aus und beschreibt ihren Wirkkorridor. Um diese Merkmale und Leistungen sichern zu können, sind die nachstehenden Positionen und Forderungen unverzichtbar.

UNSERE ERWARTUNGEN IM DETAIL ►

Freie Berufe sind Wachstums- markte.

Entwicklung* der Selbstständigen
in Freien Berufen in Deutschland
1950-2024



* jeweils zum 1. Januar des Jahres
** aufgrund statistischer Abweichungen ohne freiberuflich Tätige im Gebiet der ehemaligen DDR
Quelle: Berufsorganisationen und amtliche Statistiken; Barmer Druckwerk; eigene Erhebungen, v. T. gestützt

01

FÜR EIN BEKENNTNIS ZU DEN FREIEN BERUFEN

DER BFB FORDERT,

- im Sinne einer ausgewogenen, die Bürgerinteressen respektierenden Gesamtpolitik politische Ziele wie den Gemeinwohlgedanken und auch die Nachhaltigkeit in allen politischen Ressorts zu verankern. Ebenso sind eine Gemeinwohl- wie auch eine Nachhaltigkeitsbetrachtung für Gesetzesvorhaben vorzusehen, die die Auswirkungen auf diese beiden Aspekte beschreiben. Dabei ist Nachhaltigkeit nicht reduziert auf die Ökologie zu definieren, sondern im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der staatlichen Systeme ebenso auf ökonomische sowie soziale Belange zu erstrecken.
- die Freien Berufe politisch und gesellschaftlich entsprechend ihrer kontinuierlich wachsenden Bedeutung zu berücksichtigen. Heute sind allein bei den rund 1,48 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern mehr als 4,7 Millionen Personen beschäftigt. Dies muss noch stärker in den Fokus der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger rücken.
- dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Bericht zur Lage der Freien Berufe vorlegt, der insbesondere ihren Beitrag für das Gemeinwohl, ihren gesellschaftlichen Stellenwert sowie ihre Bedeutung in Krisensituationen zum Gegenstand hat.

Frei-
berufliche
Selbst-
verwaltung
und damit
Qualität
stärken.



Qualität

02

FÜR EINEN HOHEN VERBRAUCHERSCHUTZ DIE QUALITÄT DER SELBST- VERWALTUNG ERHALTEN UND DEN FREIBERUFLICHEN RECHTSRAHMEN STÄRKEN

DER BFB FORDERT,

- freiberufliche Selbstverwaltungshandlungs- und -gestaltungsspielräume zu erhalten und auszubauen sowie ihre entlastende Rolle für die unmittelbare Staatsverwaltung stärker anzuerkennen.
- funktionierende, dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung dienende Elemente (Selbstverwaltung, Honorar- und Gebührenordnungen, Regelungen zu Fremdkapital, zur Rechtsform und den Schutz der Verschwiegenheit) zu erhalten und sie im Bedarfsfall unter Einbezug der Vertretung der Berufsangehörigen der Freien Berufe weiterzuentwickeln.
- sicherzustellen, dass gerade das Gemeinwohlinteresse, der Verbraucherschutz, das hohe Qualitätsniveau und die freiberufliche Unabhängigkeit beim Einsatz von Fremdkapital gewährleistet bleiben.
- den hierzulande gewachsenen Qualitätswettbewerb nicht einem schrankenlosen Preiswettbewerb zu opfern.
- das Gesamtsystem der Freiberuflichkeit nicht dadurch auszuhöhlen, dass Kompetenzen auf die staatliche Ebene zurückverlagert werden, sondern im Gegenteil die Leistungsstärke der Selbstverwaltung noch mehr zu nutzen.
- verschiedene Kompetenzsphären auch künftig sauber voneinander abzugrenzen und der Selbstverwaltung ausreichenden Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu geben, um gemeinwohlorientiert die gesetzlichen Aufträge mit hoher Fachkompetenz eigenverantwortlich erfüllen zu können.

Für „Einheit
in Vielfalt“
Subsidiarität
wahren.



03

FÜR EINE STÄRKUNG DER FREIEN BERUFE IM EU-DIENSTLEISTUNGS- BINNENMARKT

DER BFB FORDERT,

- auf europäischer Ebene immer wieder zu betonen, dass unterschiedliche Regulierungskonzepte per se nicht als Hindernis für die Vertiefung des Binnenmarkts missverstanden werden; dass Berufsregulierungen zum Schutz von Qualität, Gemeinwohl und Verbrauchern als notwendig erkannt und erhalten werden; dass deren Bewertung ausschließlich eingebettet im jeweiligen nationalen Kontext als sinnvoll anerkannt wird.
- sich für eine europäische Gesetzgebung einzusetzen, die den vollständigen Erhalt der Selbstorganisation und -verwaltung sowie des bestehenden Berufsrechts der Freien Berufe in Deutschland erlaubt.
- anzuerkennen, dass der gebräuchliche Produktivitätsbegriff nicht für freiberufliche Dienstleistungen konzipiert ist. Dies verhindert den objektiven Vergleich zwischen der Produktivitätsentwicklung von Gütern und Dienstleistungen. Freiberufliche Dienstleistungen werden persönlich erbracht, sind nicht oder nur sehr begrenzt delegierbar, können im Gegensatz zu Gütern nicht gelagert, nicht standardisiert und automatisiert erbracht werden und haben einen unersetzbaren Wert für die Gesellschaft.
- die Europäische Kommission sowie den europäischen Gesetzgeber dabei zu unterstützen, bürokratische Belastungen für Unternehmen, insbesondere für KMU und damit auch für die Freien Berufe, abzubauen.
- auf die europäische Ebene dahingehend einzuwirken, dass vor dem Erlass neuer Rechtsakte sichergestellt wird, dass die Umsetzung und Durchsetzung bestehender europäischer Rechtsakte im selben Bereich bereits vollständig erfolgt ist.
- dass der Deutsche Bundestag zur Durchsetzung der genannten Forderungen von seinen ihm aufgrund der Protokolle der Verträge der Europäischen Union und des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) eingeräumten Befugnissen in vollem Umfang Gebrauch macht.

Innovationskraft für Nachhaltigkeit.



04

FÜR EINE ERFOLGREICHE TRANSFORMATION UND MEHR NACHHALTIGKEIT AUCH DIE BEITRÄGE DER FREIEN BERUFE HERAUSSTELLEN

DER BFB FORDERT,

- berufliche Qualifikationen als notwendige Voraussetzung für nachhaltiges Unternehmertum nicht nur anzuerkennen, sondern auch stärker zu fördern.
- anzuerkennen, dass die Freien Berufe durch ihren Gemeinwohlbezug damit vertraut und durch ihre herausragende Innovationskraft dazu befähigt sind, einen besonderen Beitrag für nachhaltiges Wirtschaften zu leisten, der sich auch in nachhaltigen Ergebnissen ihrer Leistungen widerspiegelt.
- flexible und dynamische Ideen sowie bessere gesetzliche Rahmenbedingungen, um im Nachhaltigkeitskontext wichtige Beiträge für die Zukunftsentwicklung unserer Gesellschaft leisten zu können, um so zum Gemeinwohl beizutragen, zum Beispiel für die Diversifizierung unserer Energieversorgung, Energieeffizienz, Energieinfrastruktur, die Digitalisierung und die Transformation der Wirtschaft insgesamt.
- ressourcen- und umweltschonende Produkte und Verfahren zu fördern, indem ökonomische, ökologische und soziokulturelle Nachhaltigkeit als Qualitätsmerkmale etabliert werden; eine nachhaltige Rohstoff- oder Ressourcenwirtschaft mit Anreizen zu flankieren.

Freie Berufe sind bedeutender Standortfaktor.



05

FÜR EINE ERMÖGLICHUNG VON BETEILIGUNG ALLERORTEN

DER BFB FORDERT,

- gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland verstärkt anzustreben und bei dieser strukturpolitischen Herausforderung die Relevanz der freiberuflichen Dienstleistung für die flächendeckende Daseinsvorsorge und mithin die Funktion der Freien Berufe als Standortfaktor einzigartiger Güte anzuerkennen und ihre Strukturen sowie ihr Wirken zu stärken.
- ressortübergreifend und als Querschnittsaufgabe von Bund, Ländern sowie Kommunen allen Bürgerinnen und Bürgern den gleichberechtigten und barrierefreien Zugang zu bestimmten Infrastrukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge zu ermöglichen, sei es die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen, der Zugang zum Recht, grundständige Bildungs- und Kulturangebote, aber auch die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

Vertrauens- kultur fördern.



06

FÜR MEHR VERTRAUEN IN DEN STAAT

DER BFB FORDERT,

- die Kernfunktion des Staates in den Vordergrund zu stellen und bürokratiearme Online-Lösungen für mehr seiner Verwaltungsleistungen voranzutreiben und dabei auf eine Offenheit der Schnittstellen Wert zu legen.
- Fake News, Desinformationskampagnen und Radikalisierung entschieden entgegenzutreten, einen pluralistischen gesellschaftlichen Diskurs zu fördern und durch effektive Strafverfolgung sowie Durchsetzung des Rechts jeglichen Extremismus zu bekämpfen.
- sich auf europäischer Ebene kompromisslos für Rechtsstaatlichkeit, gegen Radikalisierung und Desinformationskampagnen einzusetzen.
- Datenschutz, Unternehmens- und Verbraucherfreundlichkeit sowie den Abbau von Bürokratie auch bei digitalen Lösungen mitzudenken, entsprechend digitale Lösungen neu zu denken und nicht nur aus der analogen Welt zu übertragen.

KI für den Menschen.



07

FÜR EINE TRANSPARENTE KI ALS ASPEKT DER DIGITALISIERUNG

DER BFB FORDERT,

- geeignete Rahmenbedingungen und Anreize dafür zu schaffen, dass die aus Anwenderperspektive zu priorisierenden KI-Anwendungen entwickelt und genutzt werden können.
- Effizienzgewinne der KI in Einklang mit dem Erhalt von Qualität und Gemeinwohl zu bringen.
- dass Effizienzgewinne von den Freien Berufen erschlossen werden können und nicht auf ihre Kosten ermöglicht werden.
- durch KI-Anwendungen generierte Ausgleichsbedarfe zwischen Ethik und Technik offenzulegen. Für die Freien Berufe ist sicherzustellen, dass die spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen sowie die Entscheidungshoheit zu jedem Zeitpunkt bei der Berufsträgerin, beim Berufsträger bleiben müssen.
- für alle Personen, die KI-Systeme entwickeln, einen Verhaltenskodex zu formulieren, der bei der Entwicklung von Systemen unser auf Normen und Rechten fußendes Wertefundament für die Nutzung der digitalen Welt verankert und so für die Anwenderinnen und Anwender die notwendige Sicherheit schafft.
- sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene entwickelte Regeln und Standards so zu setzen und umzusetzen, dass beim Einsatz von KI für die Anwenderinnen und Anwender die größtmögliche Transparenz und Freiheit von systematischen Verzerrungen gewahrt werden. Dabei muss gewährleistet werden, dass die freiberufliche Leistung nur von einer Freiberuflerin, einem Freiberufler persönlich verantwortet wird. Geeignete KI-Anwendungen können sie, ihn bei der Entscheidungsfindung nur unterstützen, nicht aber ersetzen.
- beim Einsatz von KI keine neuen Haftungsräume oder ein Haftungsvakuum entstehen zu lassen. Dazu müssen Entscheidungsprozesse nachvollziehbar gestaltet sowie Verantwortlichkeiten für Ergebnisse transparent und fair definiert sowie konkretisiert werden.
- Aspekte der hohen Qualität der Dienstleistung, die die Freien Berufe in ihren Regulierungen verbrieften, auch bei der Entwicklung und Nutzung von KI zu gewährleisten. Dazu gehört, dass die Ziele, die anhand von KI-Anwendungen erreicht werden sollen, systematisch vor und während ihres Einsatzes evaluiert werden.

Datenschutz vor Daten- nutz.



08

FÜR EIN VERSTÄNDNIS VON DATENSCHUTZ ALS SCHLÜSSELFAKTOR

DER BFB FORDERT,

- anzuerkennen, dass Datenschutz und -sicherheit essenziell sind für unsere Demokratie; sie verbürgen Integrität und sorgen für Vertrauen. Dazu zählt auch, die Bürgerinnen und Bürger zu einem überlegten Umgang mit ihren personenbezogenen Daten und persönlichen Informationen zu ermuntern.
- einen ausreichenden Schutz insbesondere persönlicher Daten zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit länderübergreifenden Datenbanken. Die Verarbeitung derartiger Daten darf nur im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen und dem Einverständnis der Betroffenen erfolgen, wobei hohe rechtliche und technische Schutzstandards gewährleistet sein und die nötige Transparenz bestehen müssen.
- dass der Schutz des Berufsgeheimnisses unbedingten Vorrang vor der Erfüllung etwaiger Informationspflichten gegenüber dem Staat oder pauschalen Forderungen nach totaler Transparenz auf Kosten der Persönlichkeitsrechte hat.
- die besonderen Datensicherheits- und Datenschutzanforderungen der Freien Berufe beim Übergang ins Zeitalter der KI zu berücksichtigen, indem etwa der Schutz der Vertraulichkeit und der Urheberschaft grundsätzlich garantiert wird.
- eine Ausgestaltung und Anwendung datenschutzrechtlicher Regelungen in einer Form zu ermöglichen, die im Sinne einer Abwägung auch die großen Chancen der Nutzung von Daten zu gemeinwohlorientierten Zwecken in den Blick nimmt und dabei Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Entscheidungsspielräume für den Umgang mit ihren eigenen Daten einräumt.

Verlässliche und genera- tionenfeste soziale Sicherung.



09

FÜR EINE AUSTARIERTE SOZIALE SICHERUNG

DER BFB FORDERT,

- um Scheinselbstständigkeit zu begegnen, das Statusfeststellungsverfahren rechtssicher weiterzuentwickeln, insbesondere durch transparente, schnelle sowie nachvollziehbare Verfahren, effektive Rechtsbehelfs- und Schlichtungsmechanismen, die Definition von Kriterien, die eine klare Abgrenzung ermöglichen sowie gesetzliche branchen- beziehungsweise freiberuferspezifische Positivkriterien zu definieren, die eine Selbstständigkeit rechtssicher und verbindlich vermuten lassen.
- das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge beizubehalten, indem die zweite und dritte Säule – die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge – als gleichberechtigte Vorsorgezweige für Selbstständige gefördert und ausgebaut werden.
- für alle bisher nicht obligatorisch abgesicherten Selbstständigen Wahlfreiheit bezüglich der Vorsorgeform zu ermöglichen.
- die bewährten und funktionierenden berufsständischen Versorgungswerke der Freien Berufe zu erhalten und rechtssichere Regeln für die Abgrenzung zur gesetzlichen Rentenversicherung vorzusehen, welche auch dem Vertrauensschutz bei Tätigkeitswechseln Rechnung tragen.

In berufliche
Bildung
investieren.



10

FÜR EINE ZUKUNFTSFESTE BERUFLICHE BILDUNG

DER BFB FORDERT,

- die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu stärken und die „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ fortzusetzen. Ferner sollten die Ausbildungs- und Fortbildungsverordnungen – wo geboten – modernisiert und reformiert, jedoch nicht durch formale Vorgaben überfrachtet und weiter verkompliziert werden.
- eine systematische und praxisnahe Berufsorientierung an allen (Hoch-)Schulformen zu etablieren und dabei auch veraltete Rollenmuster und -verteilungen aufzubrechen und insbesondere an Gymnasien für das duale Studium zu werben.
- Konzepte zu entwickeln, die die theoretische Wissensvermittlung für Auszubildende in Krisensituationen mit mittel- oder langfristiger Beeinträchtigung der Lernstrukturen (wie Pandemien, Umwelt- und Naturkatastrophen, Großschadensereignissen etc.) ermöglichen.
- das „Matchmaking“ auszubauen, um Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt passgenau zusammenzuführen.
- Praktika für Schülerinnen und Schüler verstärkt in den Ferien anzubieten, damit frühe und intensive Kontakte die Berufswahl erweitern und der Anbahnung von Ausbildungsverhältnissen dienen.
- die Mobilität von Auszubildenden zu erhöhen, indem beispielsweise das Programm „Junges Wohnen“ zügig umgesetzt und dabei die Zielgruppe der Auszubildenden angemessen berücksichtigt wird.
- die Situation der Berufsschulen zu verbessern, etwa durch die Fortsetzung des „Pakts für berufliche Schulen“, und Berufsschulen gleichermaßen an Investitions- und Förderprogrammen des Bundes und der Bundesländer zu beteiligen wie die allgemeinbildenden Schulen.
- die Weiterbildung von Auszubildenden und Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern auszubauen, um digitale Kompetenzen zu sichern.

Fachkräfte- sicherung voran- bringen.



11

FÜR DIE MOBILISIERUNG VON FACHKRÄFTEN ALS VORAUSSETZUNG EINER INNOVATIVEN WIRTSCHAFT

DER BFB FORDERT,

- berufliche und akademische Bildung gleichermaßen zu stärken und nicht in Konkurrenz zueinander zu stellen.
- eine moderne digitale Bildungsinfrastruktur mit einer „Digitalen Agenda“ für eine modernere Schulbildung aufzubauen, zu der vor allem Konzepte mit systematischen Lernzielen zählen. Ebenso wichtig ist eine Strategie zur Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der dualen Ausbildung. Qualitätsorientierte Inhalte und bewährte pädagogische Konzepte müssen auch in einer Welt des digitalen Lernens aufrechterhalten werden.
- die Berufsorientierung für angehende Schulabgängerinnen und Schulabgänger durch schulische Berufsberatung der Abschlussklassen und digitale Informationsplattformen flächendeckend auszubauen.
- einen weiteren Digitalpakt zwischen Bund und Ländern zu schließen für die technische Ausstattung von Berufs- und Fachschulen, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern, für die Sicherstellung einer laufenden Wartung und Modernisierung der technischen Infrastruktur und für die Stärkung digitaler Lehrmethoden in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.
- die Chancen des europäischen Binnenmarkts zu nutzen, indem Möglichkeiten eines europäischen Austauschs und Weiterbildungsprogramme (Erasmus+) stärker in Anspruch genommen werden.
- Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen und Selbstständigen und Angestellten gerade in Vollzeit eine zeitlich ausreichende, auch die Tagesrandstunden umfassende wohnortnahe Kinderbetreuung auch für Grundschülerinnen und Grundschüler anzubieten. Besonders wichtig ist, dass der ab Schuljahr 2026/27 in Kraft tretende Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkinder in den Kommunen umgesetzt wird.
- trotz des Fachkräftebedarfs Qualität und Bildungsniveaus zu sichern und keinen „race to the bottom“ bei Qualifikationen zuzulassen. Auch bei der Prüfung von Berufsqualifikationen muss gelten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.
- ein aussagekräftiges Fachkräfte-Monitoring einzuführen, das die Identifizierung regionaler und fachlicher Engpässe ermöglicht.
- erforderliche Visa-Erteilungen zu beschleunigen.

Modernes Arbeitszeit- recht gestalten.



12

FÜR EINEN ATMENDEN ARBEITSRAHMEN

DER BFB FORDERT,

- anzuerkennen, dass orts- und zeitflexible Arbeitsformen bei fortschreitendem Einsatz digitaler Technologien gerade den betrieblichen Alltag der Freien Berufe berühren. Hierbei sind Datenschutz- und Sicherheitsstandards mitzudenken, ist das Berufsgeheimnis zu garantieren und Bürokratie zu vermeiden.
- ein modernes Arbeitszeitrechts zu gestalten, das den Interessen der angestellten wie auch selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler gerecht wird und unbürokratisch gelebt werden kann, auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der hohe deutsche Arbeitsschutzstandard und das Volumen der wöchentlich möglichen Höchstarbeitszeiten sollten dabei unverändert beibehalten werden.

Gründer- geist und Unternehmer- tum wert- schätzen.



13

FÜR MEHR GRÜNDERGEIST AN EINEM LEBENDIGEN STANDORT

DER BFB FORDERT,

- die gesellschaftliche Wertschätzung von Unternehmertum zu fördern, Selbstständigkeit als Erwerbsform vorurteilsfrei bereits im Schulunterricht sowie bei der Berufsorientierung vorzustellen, insbesondere Examssemester über die Option der Selbstständigkeit zu informieren und auch die wesentlichen Grundzüge der Freiberuflichkeit zu vermitteln.
- bessere und stetige Rahmenbedingungen zu schaffen, die mehr Lust auf Unternehmertum machen. Dazu gehören vereinfachte und digitalisierte Verwaltungsleistungen, weniger Bürokratie und größere finanzielle Spielräume für Investitionen.
- den Gründerzuschuss für alle Gründerinnen und Gründer zu öffnen und nicht ausschließlich auf Arbeitslose zu fokussieren.
- gerade für Kleinstgründer Finanzierungsalternativen und Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, die stärker auf die Bedürfnisse von Freien Berufen zugeschnitten sind, etwa indem Soft Skills besser berücksichtigt werden. Auch sollte der Zugang zu Mikrokrediten verbessert werden.
- die Vernetzung zwischen Nachfolgesuchenden und Nachfolgewilligen auszubauen, zu fördern und unnötige bürokratische Hürden abzubauen.
- einen ressortübergreifenden Rahmen zu optimieren, in dem politische Weichenstellungen für Gründerinnen und Nachfolger koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.
- insbesondere die Erwerbstätigkeit und vollzeitnahe Beschäftigungsverhältnisse von Elternteilen – insbesondere Müttern – zu fördern, beispielsweise durch den Ausbau der Kinderbetreuung. So sollten etwa Kitaplätze für unter Dreijährige in zumutbarer Entfernung zum Wohnort und Arbeitsplatz ausgebaut und die Kinderbetreuung verlässlicher organisiert werden.
- die Anforderungen selbstständiger Frauen und Unternehmerinnen stärker zu berücksichtigen – beispielsweise bei der Ausgestaltung der Mutterschutzregelungen, etwa indem eine systematische und vollumfängliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ab dem Tag der Geburt ermöglicht wird.
- bürokratische Hürden bei der Beantragung von Elterngeld abzubauen und dabei die Arbeitsrealität von selbstständig berufstätigen Eltern stärker zu berücksichtigen.

Zukunfts- orientierte Rechts- setzung.



© kataronia - stock.adobe.com

14

FÜR EINE EFFIZIENTE RECHTSSETZUNG

DER BFB FORDERT,

- grundsätzlich Vertrauen in die Rechtstreue von freiberuflich geführten Unternehmen zu fassen.
- durch angemessene Fristen den Betroffenen Gelegenheit zu geben, Gesetzesvorhaben aufmerksam zu prüfen und qualifizierte Einschätzungen vorzulegen (Stichwort „Praxischeck“).
- eine angemessene Konsultationsfrist von mindestens vier Wochen für Stellungnahmen zu konkreten Fragestellungen während des Gesetzgebungsverfahrens zu gewähren.
- eine ausreichende Vorlaufzeit zu Expertenanhörungen in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages zu gewähren, die ebenfalls die Ausgewogenheit und inhaltliche Qualität der einzuholenden Expertise in den Vordergrund rückt. Eine grundsätzliche Frist von vier Wochen wäre auch in diesem Zusammenhang angezeigt.
- bestehende Gesetze noch intensiver zu evaluieren.
- den Nationalen Normenkontrollrat nicht nur Kosten von Gesetzen projizieren zu lassen, sondern auch als Instrument der Qualitätssicherung in der Gesetzgebung zu nutzen.
- bei der Umsetzung von Unionsrecht in nationales Recht auf das sogenannte „gold plating“ zu verzichten.

Bürokratie abbauen.



15

FÜR MEHR FREIRÄUME DURCH WENIGER BÜROKRATIE

DER BFB FORDERT,

- Gesetze konsequent auf ihren bürokratischen Folgeaufwand für die Wirtschaft zu überprüfen. Um nicht lediglich das viel zu hohe Bürokratieniveau zu erhalten, sondern Bürokratie effektiv abzubauen, sollte die „One in, one out“-Regel in eine „One in, two out“-Regel transformiert und auf die Eins-zu-eins-Umsetzung von EU-Recht ausgeweitet werden.
- Prozesse so zu digitalisieren, dass Bürokratie abgebaut und nicht aufgebaut wird, und insbesondere die behördliche Dateninfrastruktur mit einem offenen Schnittstellensystem auszustatten.
- behördliche Mehrfacherfassung von Daten zu vermeiden und Dokumentationspflichten zu reduzieren.
- Formularanfragen zu reduzieren und zu vereinheitlichen.
- alle beteiligten Institutionen in Prozesse zum Bürokratieabbau einzubinden.

Steuerpolitik justieren.



16

FÜR EINE AUSBALANCIERTE STEUERPOLITIK

DER BFB FORDERT,

- die Besteuerung von Freiberuflerinnen und Freiberuflern nicht zu verschärfen.
- die Freien Berufe auch weiterhin von der Gewerbesteuer auszunehmen. Dies ist unverändert gerechtfertigt, da Freiberuflerinnen und Freiberufler durch ihre Leistungen zur Daseinsvorsorge beitragen und damit Teil der kommunalen Infrastruktur sind. Zudem entrichten die Freien Berufe durch die Einkommensteuer einen fairen und vergleichbar hohen Beitrag.
- die AfA-Tabellen in einem ersten Schritt anzupassen und die Abschreibungsdauern deutlich zu verkürzen. Dies gilt insbesondere für Wirtschaftsgüter, die der digitalen und ökologischen Transformation dienen. Es sollte darüber hinaus zeitnah eine grundlegende AfA-Reform angestoßen werden, deren Ziel eine Gruppierung von Wirtschaftsgütern nach Nutzungsdauern unter Wegfall der bisherigen AfA-Tabellen ist.
- die Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) auf 2.500 Euro anzuheben sowie die Poolabschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 2.500 Euro und höchstens 10.000 Euro zu ermöglichen.
- auf die Einführung einer Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen dauerhaft zu verzichten.
- Verbesserungen beim Verlustvor- und -rücktrag für Unternehmen vorzunehmen, insbesondere eine Anhebung der Betragsgrenzen für den Verlustrücktrag und eine Abschaffung der Mindestgewinnbesteuerung.
- die zahlreichen Anti-Missbrauchsvorschriften des internationalen Steuerrechts auf ein zieladäquates und vollziehbares Maß zurückzuführen, um übermäßige Nachweis- und Dokumentationspflichten sowie internationale Doppelbesteuerung zu vermeiden.
- dass Betriebsprüfungen zeitnäher, digitaler und kooperativer ausgestaltet werden. Von der Implementierung kooperativer Verfahrenselemente würden alle Beteiligten, insbesondere auch KMU, gleichermaßen profitieren können.

ÜBER DEN BFB

Der BFB ist der einzige Dachverband der Freien Berufe. Er ist konkurrenzlos, deshalb ganz besonders verantwortlich und nicht vergleichbar. Denn die Freien Berufe sind nicht nur ein Bereich unserer Wirtschaft, sondern haben auch eine Schlüsselrolle für unsere Gesellschaft. Andere Verbände zeichnen sich durch eine dieser beiden Facetten aus. Der BFB durch beide.

FREIE BERUFE IN ZAHLEN

1.485.000

Die ZAHL DER SELBSTSTÄNDIGEN FREIBERUFLERINNEN UND FREIBERUFLER stieg zum Jahresbeginn 2024 auf 1.485.000, plus 0,95 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ihr Anteil an allen Selbstständigen kletterte auf 39 Prozent. Tendenz steigend.

Immer mehr SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE arbeiten in einem Freiberufler-Team, nach zuvor 4.203.000 im Jahr 2023 sind es jetzt 4.277.000 Personen, plus 1,76 Prozent. Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland insgesamt um 0,6 Prozent gestiegen ist, wären es ohne die Freien Berufe nur 0,4 Prozent gewesen.

269,7 %

PLUS 269,7 PROZENT – so stark ist die Zahl der SELBSTSTÄNDIGEN FREIBERUFLERINNEN UND FREIBERUFLER in den neuen Bundesländern zwischen 1993 und 2024 gewachsen. In den alten Bundesländern betrug der Zuwachs 165,7 Prozent. Im gesamten Bundesgebiet stieg die Zahl der selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler um 178,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm die bundesweite Zahl der Selbstständigen insgesamt über alle Sektoren hinweg um 5,8 Prozent zu.

320.000

Die Zahl der MITARBEITENDEN, NICHT SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN steigt von 317.000 auf 320.000 Personen, plus 0,95 Prozent, Tendenz steigend.

Von 100 im Jahr 2015 NEU GEGRÜNDETEN UNTERNEHMEN mit mindestens einer, einem abhängig Beschäftigten sind 2020 noch 46,6 am Markt, bei den Freien Berufen liegt der Wert mit 57,7 deutlich darüber.

57,7 / 100

129.000

Aktuell gibt es rund 129.000 AUSZUBILDENDE. Angehörige der Freien Berufe bieten die DRITTGRÖSSTE ZAHL AN LEHRSTELLEN an. 89,7 Prozent der Auszubildenden in Freien Berufen sind WEIBLICH. Mit rund 20,3 Prozent weisen die Freien Berufe den HÖCHSTEN AUSLÄNDERANTEIL unter allen Ausbildungsbereichen auf, bauen diesen Wert sogar noch aus. Der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

.....

9,7 %

Der Anteil am BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP), den die Freien Berufe gemeinsam mit ihren Teams erwirtschaften, beträgt 9,7 Prozent. Zum Vergleich: 1950 waren es ein Prozent und 1991 rund 6,7 Prozent.

.....

146,2 %

DAS PLUS BEI SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTEN in Freiberufler-Teams zwischen 1993 und 2024 liegt für die neuen Bundesländer bei 146,2 PROZENT und in den alten Bundesländern bei 164,8 Prozent. Für Gesamtdeutschland ergibt sich ein Wert von 161,2 Prozent. Auch hier zum Vergleich: Insgesamt kletterte die bundesweite Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 22,1 Prozent.

.....

17,8 / 1.000

Die FREIBERUFLER-DICHTE ist mit 17,8 selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern je 1.000 Einwohner überdurchschnittlich hoch.

.....

6.211.000

Insgesamt arbeiten derzeit 6.211.000 ERWERBSTÄTIGE bei den Freien Berufen oder sind selbst selbstständige Freiberuflerin oder selbstständiger Freiberufler – plus 1,48 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert von 6.120.600.

.....

BFB
Bundesverband der
Freien Berufe e. V.

Reinhardtstraße 34
10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 284444 0
E-Mail: info@freie-berufe.de

Stand: Oktober 2024

